

30. Aug. 1915.

Handelspolitische Korrespondenz
Herausgeber und verantw. Redakteur F. Micheu
☐ ☐ Wien, I. Neues Rathaus. ☐ ☐

Wien, 30. September 1915.

=====

Handelspolitische Kommission.
=====

Zu der Sitzung der Handelspolitischen Kommission (1. Sektion), die gestern unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner im Stadtratssitzungssaal stattfand und die sich mit der hochwichtigen Frage unserer künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zu dem Deutschen Reiche und zu Ungarn befaßte, waren u.A. erschienen: Vom Präsidium der Kommission die Vizebürgermeister Hierhammer und Hoß und der stellvertretende Vorsitzende der Handels- und Gewerbe-Kammer Dr. Hammerschlag, die GRe. Angermayer, Dr. v. Dorn, Drößler, v. Findenigg, Dr. Granitsch, Herold, Dr. Klotzberg, Knoll, Laubek, Dr. Mataja, Rudolf Müller, Paulitschke, Partik, Oberkurator Steiner, Dr. Stich, die Kammerräte v. Boschan, Heigl, Kendl, Königer, Krause, Luber, Müller, Dr. Singer, Steinhübl, Vetter, Wegel-Leckl, Weissenberger und Tamussino, weiters vom Bund österr. Industrieller der Vizepräsident Abg. Friedmann, für den österr. Exportverein Vizepräsident Elsinger, für den Verein der Baumwollspinner Oesterreichs Präsident Julius Stern, für den Verein der österr. ung. Juteindustriellen Präsident Emanuel Weissenstein, vom Verband österr. Metallwarenproduzenten Präsident Buchwald, für den Verein der Montan-, Eisen- und Maschinenindustriellen Zentraldirektor Kestranek. In Vertretung des n.ö. Gewerbevereines war erschienen Vizepräsident Schiel, für den Wiener Gewerbevereinsverband Obmann Stary, für den Verein „Mittelstand“, Organisation der Handels- und Gewerbetreibenden N.Ö. Präsident Hollaus, für den Wiener Kunstgewerbeverein Präsident Ludwig, vom Verein reisender Kaufleute Oesterreichs ^{Ungarns} Präsident Schneck, für die Reichsorganisation der Kaufleute Oesterreichs ~~xxUngarns~~ Präsident Ratz, vom Gremium der Viehhändler Vorsteher Zaborsky, für die Genossenschaft der nicht handelsgerichtlich protokollierten Handelsleute Vorsteher Pabst, vom österreichischen Zentralverband für Handel und Export landwirtschaftlicher Produkte Präsident Taussig, für den Zentralverein der kaufmännischen Angestellten Oesterreichs ~~Behilfenobmann~~ ~~xx~~ Pick, vom Verband nichtpolitischer Vereine zur Förderung wirtschaftlicher Interessen Landesinspektor Heigl, von der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs der Vorsitzende Spalowsky, für die Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs die Vizepräsidentinnen Frau Freund-Markus und Frau Granitsch, von der katholischen Frauenorganisation für Niederösterreich Frau Kurzbauer, für die Sozialdemokratische Frauenorganisation Frau Freundlich. Ferner waren vom Büro der Kammer anwesend Regierungsrat Dr. v. Tayenthal, Sekrträr-Stellvertreter Dr. Ziegler und der Sekretär der Kommission Kammerkonsulent Dr. Becker.

Nach den bereits veröffentlichten Ausführungen des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner entspann sich eine interessante Debatte, aus welcher wir folgendes herausheben:

Handelspolitische Kommission.

(Fortsetzung.)

Der erste Redner kais. Rat Krause führte aus, daß zwei Gruppen unseres Volkes, nämlich die produzierende und konsumierende Gruppe der Lösung der Frage in dem angeregten Sinne ohne weiteres zustimmen werden, während die dritte Gruppe, die Agrarier dazu nur ja und Amen sagen können werden, weil ein engerer Anschluß an Deutschland nur zu Gunsten der Oesterreichischen und besonders der ungarischen Agrarier ausfallen kann. Konsument und Kaufmann können sich von vorneherein auf Grund einer völligen Zollunion einigen, denn es sei ja klar, daß die Zölle der Grund aller Verteuerungen sind. Auch der kürzlich abgehaltene Städtetag hat sich mit einer Resolution, diese Annäherung an Deutschland zu Eigen gemacht, ist aber für eine gemäßigte und langsame Annäherung eingetreten u. zw. mit Rücksicht auf die mittelständigen und städtischen Interessen, welche noch viel zu sehr unter der durch die Zölle verursachten Materialpreiserhöhung und Frachtsätzen zu leiden haben. Auch bei der unlängst in München abgehaltenen Tagung deutscher Gewerbetreibender ist Landesausschuß Bielohlawek für einen 50 jährigen Abbau der Zölle eingetreten. So sehr ein allmählicher Abbau im Prinzip richtig sein mag, halte ich doch dieses Tempo für unbedingt falsch, und halte ich in Übereinstimmung mit den Ansichten des früheren Handelsministers Bruck zwei oder drei Perioden von je fünf Jahren für völlig ausreichend. Ein Widerstand gegen die völlige Annäherung an Deutschland ist eigentlich nur in der Großindustrie aufgetaucht, welche für die Preise fürchten, welche aber durch die Aussicht auf die vermehrten Absatzmöglichkeiten zu einer Aenderung ihrer Ansicht kommen dürfte. Ich weiß, daß von mancher Seite ganz andere Motive dem engen Anschlusse an Deutschland zu Grunde gelegt werden, ich weiß, daß von einer Seite eine Besserung der Stellung der Deutschen in Oesterreich dadurch eröffnet wird, und daß eine andere Seite sich wieder eine Besserung unserer staatlichen Verwaltung erwartet. (Lebhafter Beifall) Ich will dies nicht zu meiner Begründung machen sondern sagen, daß aus rein wirtschaftlichen Motiven heraus man eine Annäherung an Deutschland fördern und für richtig halten könne.

Was den zweiten Punkt, die Regelung unseres Verhältnisses mit Ungarn anbelangt, muß auch ich sagen, daß wir uns eine Neugestaltung unseres Verhältnisses zu Deutschland nicht vorstellen können, bevor wir nicht wissen, wie wir zu Ungarn stehen werden. Wir können aber auch eine Regelung des Ausgleiches mit Ungarn nicht vorstellen ohne daß wir jene großen Ziele vor Augen haben, welche sich aus dem engeren Anschlusse an Deutschland ergeben. Die Stimmung in Ungarn ist ja jetzt Gott sei Dank eine durchaus Oesterreichfreundliche. Sie ist besonders gehoben worden, durch den Besuch der Ungarn in Wien und durch die Aktionen, welche die beiden Hauptstädte unter Führung ihrer Bürgermeister unternommen

haben. Bei diesen Stimmungen könne man wohl ohne weiters auch über unser Verhältnis zum Balkan sprechen, welches ja ebenfalls einer durchgreifenden Regelung bedarf. Immer wieder betont muß aber werden, daß ein bloß zehnjähriger Ausgleich derartige Erschütterungen im Wirtschaftswesen zur Folge hat, daß wir alle für eine viel länger dauernde Regelung dieses Verhältnisses sind. Wir können nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß neben der militärischen Eintracht und politischen Einigkeit auch eine wirtschaftliche Eintracht nicht nur zu Deutschland sondern auch zu Ungarn eintreten möge, welche zu einem langen und intimen Ausgleich führt.

Präsident Vetter dankt dem Vorsitzenden dafür, daß durch seine Initiative die heutige Versammlung zu Stande kam. Neben den rein militärischen Fragen seien jene, welche auf der Tagesordnung der Sitzung stehen, die wichtigsten und berühren in außerordentlicher Weise die gesamte Bevölkerung. Redner wünscht, daß vor der Neuregelung der künftigen Handelsverträge die berufenen Vertreter verschiedener Erwerbsstände gehört werden. Im Allgemeinen müsse er persönlich und namens des Bundes der Industriellen den Standpunkt dahin präzisieren, daß ein engerer wirtschaftlicher Anschluß an Deutschland herbeigeführt werden müsse. Schon der eine Beweggrund sei hierfür maßgebend, daß es undenkbar sei, daß in der Zukunft ein einzelner Staat seinen Interessen und berechtigten Forderungen voll und ganz zum Durchbruch verhelfen könne ohne Anschluß an einen zweiten Staat, der die gleichen Interessen habe. Einzelheiten festzusetzen wäre aber heute verfrüht, wir müssen zuerst den Ausgang des Krieges abwarten. Wir müssen uns alle Wege offenhalten, die zu dem Ziele führen, aber heute schon müssen wir uns dagegen aussprechen, daß vor Friedensschluß Bestimmungen aufgenommen werden, die es uns unmöglich machen, unsere Verhältnisse in handelspolitischer Beziehung nach unseren Wünschen zu regeln.

Auch bezüglich des Ausgleiches mit Ungarn müsse erst die künftige Entwicklung der Verhältnisse abgewartet werden. Es sei wahrscheinlich, daß der jetzige territoriale Stand der verbündeten Staaten Reiche Abänderungen erfahren werde, womit die Verkehrspolitik und die Erstellung der Tarife im engsten Zusammenhang stehen. Der Krieg hatte aber auch eine bedeutende finanzielle Belastung zur Folge. Es wird daher getrachtet werden müssen, neue Einnahmequellen ausfindig zu machen, die Monopole und die indirekte Besteuerung auszubauen. Der gemeinsame autonome Zolltarif wird die Grundlage für unser Vertragsverhältnis mit den anderen Staaten bilden. Eine bedeutende Rolle spielt auch die Dauer des Ausgleiches, Deutschland wird in kein innigeres Verhältnis zu uns treten wollen, wenn wir einen kurzfristigen Ausgleich mit Ungarn haben. Wir wollen das Schicksal wollen, daß der große Krieg sich noch auf eine längere Zeit erstrecken wird, so darf - das muß heute schon gesagt werden - der Abschluß eines neuen Vertrages mit Ungarn nicht auf der gegenwärtigen Basis stattfinden. Es ist der Wunsch, daß der Ausgleich

sofort eine Verlängerung auf fünf Jahre und für eine kurze Dauer sein, um dann einen den zukünftigen weltwirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Ausgleich zu schaffen. Ich möchte zum Schlusse noch an die beteiligten Stellen den Appell richten, daß zur Beratung aller diesbezüglichen Fragen die berufenen Vertreter aller Bevölkerungskreise herangezogen werden, und daß deren Ansichten gebührende Beachtung finden.

Gemeinderat Dr. Stich: Ich danke ebenfalls dem Bürgermeister, daß er uns Gelegenheit gegeben hat, in dieser wichtigen Sache uns auszusprechen. Der Weltkrieg ist seinem ganzen Wesen nach ein wirtschaftlicher Krieg. Die wirtschaftlichen Folgen äußern sich nicht nur bei den kriegführenden, sondern auch bei den neutralen Staaten. Unsere Gegner werden nach Beendigung des Krieges einen innigen wirtschaftlichen Zusammenschluß suchen und damit eine große wirtschaftliche Macht bilden. Es muß also getrachtet werden, hier ihr eine ebenso mächtige wirtschaftliche Vereinigung gegenüberzustellen, und da ist es selbstverständlich, daß wir einen engeren Anschluß an Deutschland herbeizuführen trachten. Die Schwierigkeiten, welche früher hier und da zum Vorschein kamen hätten ohne sonderliche Mühe überbrückt werden können. Nach dem Kriege werden sie überbrückt werden müssen. Die Annäherung an Deutschland kann entweder eine äußerliche, lose sein, wie sie jetzt bereits besteht, oder eine innigere, oder eine wehr innige. Ich bin für den Mittelweg und ohne in das Meritum der Sache näher einzugehen glaube ich, daß wir heute schon den einstimmigen Beschluß fassen können, daß ein wirtschaftliches Bündnis mit Deutschland hergestellt werden müsse. Auch ich bin der Ansicht, daß zuerst unser Verhältnis zu Ungarn geregelt werden muß.

Abgeordneter Friedmann: Wie nach Zeitungsberichten anzunehmen ist aussprechen, daß der Ausgleich mit Ungarn mit unwesentlichen Aenderungen auf weitere zehn Jahre verlängert wird. Im Sinne der bisherigen Ausgleichs haben wir ja bereits ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet und Ungarn hätte sich aus diesem Grunde abgesehen von der Gemeinsamkeit des Kampfes nicht so abschließen dürfen, wie es sich mit seinen Vorräten gegen uns abgeschlossen hat. Ich fürchte, daß auch die Frage, wie weit Ungarn an den Lasten des Wiederaufbaues in den Kriegsgebieten teilnehmen wird, eine Regelung zu Ungunsten Oesterreichs erwährt. Es ist vollständig ausgeschlossen, die künftigen Beziehungen zu Deutschland dauernd zu regeln, wenn wir mit Ungarn zu einer bloß zehnjährigen Vereinbarung gelangen. Dies würde nichts anderes bedeuten, als die Unmöglichkeit der Annäherung an Deutschland zu bewahren. Wenn je in Friedensverhandlungen die wirtschaftlichen und politischen Momente die Hauptrolle gespielt haben wird es bei diesen Friedensverhandlungen der Fall sein und ich könnte mir nicht vorstellen, daß die beiden verbündeten Kaiserreiche in Friedensverhandlungen eintreten, ohne sich in den Grundzügen über die wirtschaftliche Annäherung untereinander verständigt zu haben.

Der Oesterreichisch-deutsche Wirtschaftsverband hat sich schon frühzeitig mit dieser Frage beschäftigt, die Zensur hatte aber in den ersten Monaten jede Erörterung darüber verhindert. Der Verband stellt sich das künftige Verhältnis als einen völkerrechtlichen Vertrag vor, der darin besteht, daß das ~~österreichische~~ militärische und politische Bündnis eine vollwertige Ergänzung durch einen Wirtschaftsband erhält, das es zu einem Zollbunde kommt, wobei es im Wege von Zwischensolllinien möglich sein soll, den Industrien welche dieses Schutzes bedürfen, Rechnung zu tragen. Wir erwarten uns hievon nicht nur wirtschaftliche sondern auch ideale Vorteile. Ich erwarte, daß ein großer Strom deutschen Unternehmensgeistes, deutschen Organisationstalentes, welches unsere wirtschaftlichen Kreise sehr bedürfen, zu uns hereinströmen. Die Frage der Perfektionierung des Ausgleiches mit Ungarn ist eine Machtfrage und deswegen müssen wir verlangen, daß sie nicht jetzt und um Himmelswillen nicht von der jetzigen Oesterreichischen Regierung gelöst wird. Im „Fremdenblatt“ ist dieser Tage ein anscheinend offiziöser Artikel erschienen, in welchem gesagt wurde, daß unberufene Personen sich mit dieser schwierigen Frage nicht beschäftigen und den kompetenten Faktoren, welche sich damit befassen, nicht Schwierigkeiten bereiten sollen. Diese Mahnung ist wohl mehr als überflüssig und es ist nicht nur verfrüht darüber zu sprechen, sondern im Gegenteil höchste Zeit, denn so wie der Krieg über Nacht gekommen ist kann auch der Friede über Nacht da sein.

Präsident kaiserlicher Rat Spitzer sagt, daß er als Vertreter der Kaufmannschaft bezüglich eines raschen und engen Anschlusses an Deutschland einen viel leichteren Standpunkt habe, als Kollege Vetter, denn der Kaufmann sei der geborene Freihändler. Ich sage, daß der innige Zusammenschluß mit dem Deutschen Reiche kommen müsse, selbst um den Preis materieller Verluste und wir müssen nur trachten und dahin wirken, diese Verluste zu mildern und abzurufen. Ich erwarte, daß die Oesterreichische Regierung eine unglaublichen Gerüchte und Vermutungen um, daß die Oesterreichische Regierung eine zehnjährigen Verlängerung zugestimmt habe. Es genügt, wenn es mit Rücksicht auf die Einigung mit Deutschland notwendig sein sollte, eine kurze Verlängerung. Aber eine so lange Dauer können wir uns nicht gefallen lassen. Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister, der im richtigen Zeitpunkte noch immer das richtige Wort und die richtigen Mittel gefunden hat, wird vielleicht auch jetzt wieder der Dolmetsch sein, der der Regierung gegenüber den richtigen Standpunkt finden wird.

Stadttrat Dr. Mataja: führt aus, daß wohl alle Personen und Kreise, über den Gedanken des engsten Zusammenschlusses mit dem Deutschen Reiche einig sind. Man dürfe aber nicht vergessen, daß wir drüben und in Ungarn starke

III

und gut organisierte

Kaufleute gegen uns haben und daß die Kreise, die uns vertreten, nicht stark und nicht gut orientiert sind. Es ist daher notwendig, daß wir unseren Standpunkt rechtzeitig präzisieren und vertreten und aus diesem Grunde möchte ich ^{die Äußerung,} äußern, daß es auf das eine oder andere nicht ankommt, lieber nicht hören, denn es dient dies viel zu leicht zu einer Schwächung unseres wirtschaftlichen Standpunktes. Was die Frage anbelangt, welche Industrien wirklich geschützt werden, dürfe man nicht vergessen, daß es nicht der maßgebende Faktor ist, jene Industrien, die ungerechtfertigte Monopolstellungen innehaben, in den Vordergrund rücken zu lassen, sondern daß nur jene Industrien, die wirklich eines Schutzes bedürfen, dieses Schutzes teilhaftig werden. Es hat mich sehr gefreut, daß einzelne Äußerungen als wenn es noch nicht an der Zeit wäre, diese Frage zu erörtern, vielfach zurückgewiesen wurde, denn solche Äußerungen sind nicht geeignet, sich bei der Regierung Gehör zu verschaffen und es wäre auch ein Trugschluß zu glauben, daß nach Abbruch des Krieges sich noch irgend jemand Gehör verschaffen könnte. Unsere Fachleute müssen sich heute schon die klare Ansicht darüber bilden, was in dem einen oder anderen Falle ihnen als Ziel vorschwebt und dieses Ziel müssen sie jetzt schon mit aller Energie verfechten.

Kammerrat Kandi betont, daß unser künftiges Verhältnis zu Deutschland keine bloße Zollfrage bedeute. Wenn der Entente der militärische Sieg, woran nicht zu zweifeln ist, versagt bleibt, wird sie unbedingt versuchen, uns nach dem Kriege wirtschaftlich zu erdrücken. Zwischen der Türkei und Deutschland wird bereits auf der Basis eines engeren Zusammenschlusses verhandelt und dasselbe muß nun auch auf unserer Seite der Fall sein. Deutschland braucht ein wirtschaftlich und militärisch starkes Oesterreich an seiner Seite und deshalb wird es nie den Gedanken fassen, wie es einige Zweifler vermeinen, uns bei den Verhandlungen benachteiligen. Die Angst vieler Kreise, daß sie der Konkurrenz Deutschlands nicht gewachsen seien ist übertrieben. Wir leiden daran uns dann und wann zu unterschätzen und was speziell unser Gewerbe anbelangt, brauche ich Sie wohl nicht zu versichern, daß wir jede Konkurrenz für von Deutschland ruhig aufnehmen können. Wenn Sie weiteres bedenken, daß nach dem Kriege eine kolossale Beschäftigung auf allen Gebieten einsetzen wird, die uns auf Jahre hinaus mit RM Arbeit versorgt, brauchen wir wohl keine Angst zu haben. Es fürchten sich ja auch nur die großen Kartelle für vor dem Abbau der Zölle um den Gewinn, den sie bisher aus diesen hohen Zöllen erzielt haben, nicht zu verlieren. Was wir aber in Oesterreich um mit Deutschland konkurrenzfähig bleiben zu können, in erster Linie verlangen müssen, daß tüchtige Fachleute an die Spitze der entsprechenden Ressorts gestellt werden.

Sektionschef Gemeinderat Eglauer gibt seiner Überzeugung dahin Ausdruck, daß zu den Verhandlungen und Vorarbeiten für den Ausgleich mit Ungarn eine wirtschaftliche Annäherung an Deutschland Fachleute herangezogen werden müssen. Die Regierung, welche ^{anderzeit} nicht die Rückendeckung durch das Parlament hat, wird dann wenigstens eine Deckung durch die betreffenden Interessenten haben. Er beantragt, es mögen sämtliche Fachorganisationen den Vorarbeiten beigezogen und deren Wünsche in Bezug auf den Ausgleich mit Ungarn und das wirtschaftliche Verhältnis mit Deutschland berücksichtigt werden. Ein engerer Kreis von erprobten Männern sei heranzuziehen, um diese Vorarbeit zu leisten. Wenn er auch der Ansicht sei, daß die Annäherung an Deutschland nicht innig genug sein könne, so glaube er trotzdem, daß ein Uebergangsverhältnis geschaffen werden müsse.

Bürgermeister ab Tammusino (Mödling) bemerkt, daß der Handwerkerstand nicht nur Niederösterreichs sondern der ganzen Monarchie sein Heil im innigsten Anschluß an das Deutsche Reich erblicke. Er verspreche sich von der Annäherung an Deutschland einen bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung.

IV

Handelspolitische Kommission.

Schluß des Berichtes.

Nachdem der erste Handelskammersekretär ^{FB} Regierungsrat Dr. von Tayenthal die Ergebnisse der ausführlichen Debatte zusammenfassend rekapituliert hatte, legte er folgende EntschlieÙung der Kommission zur BeschluÙfassung vor:

Die I. Sektion der Handelspolitischen Kommission der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien gibt der Anschauung Ausdruck, es seien die Vorbereitungen der Neuordnung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande ehestens in Angriff zu nehmen. Zu diesem Zwecke ist insbesondere eine Verständigung mit dem Deutschen Reiche über unsere wirtschafts- und handelspolitischen Zukunftspläne anzubahnen. Als deren Ziel ist die wirtschaftspolitische Bundesgenossenschaft mit dem Deutschen Reiche anzustreben, die unser politisches und militärisches Bündnis ergänzen und bereits beim Friedensschlusse sowie auch späterhin das Wirtschaftsleben der verbündeten Staaten durch gemeinsames planmäßiges Vorgehen sichern und fördern soll. Mit Rücksicht auf den innigen Zusammenhang, der zwischen unserer Außenhandelspolitik und unserem Vertragsverhältnisse zu der anderen Reichshälfte der Monarchie besteht, wird den zu erwartendegroßen Veränderungen auf dem Gebiete der ersteren auch bei der Vorbereitung unseres künftigen Ausgleiches mit Ungarn und zwar sowohl hinsichtlich seines Inhaltes als auch seiner Dauer vollauf Rechnung zu tragen sein. Solange die kriegerischen und politischen Ereignisse noch im FluÙ sind und in ihren Endergebnissen nicht übersehen werden können, werden endgiltige Entscheidungen und Bindungen sowohl in der einen wie in der anderen der hier erwähnten Hauptfragen zu vermeiden sein. ~~Insbesondere würde sich die von unwidersprochenen Zeitungsmeldungen beabsichtigte automatische Verlängerung des gegenwärtigen Ausgleiches unbedingt abzulehnen sein, wenn sie für einen längeren Zeitraum erfolgen soll.~~

Wohl aber wird die Regierung alle nur möglichen vorbereitenden Schritte zu tun haben: Unter diesen muß auch die eheste Anhörung der interessierten Kreise verlangt werden, mit denen sich die Regierung wenigstens unter Bekanntgabe der hauptwächlichsten Richtlinien ihrer Pläne in Fühlung zu setzen hätte.

Es wird beschlossen: 1. die Herren Vorsitzenden der Handelspolitischen Kommission zu ersuchen, diese Anschauungen der I. Sektion dieser Kommission der hohen Regierung zur Kenntnis zu bringen, 2. weiters ~~zuzusetzen~~ ^{einen Ausschus} einzusetzen, welcher ehestens der Sektion bestimmte Vorschläge betreffend unser zukünftiges handels- und wirtschaftspolitisches Verhältnis zu Deutschland und die Neuordnung des Ausgleiches mit Ungarn zu erstatten ~~haben wird~~.

Die Zusammensetzung dieser ~~Kommission~~ ^{Ausschusses} wird dem Präsidium überlassen. Die EntschlieÙung wurde einstimmig unter lebhaftem Beifalle

genehmigt, worauf der Bürgermeister erklärte, die „bedeutungsvolle Sitzung“ der I. Sektion zu schließen.